

# monitor



## Ach, der Verfassungsschutz!

### Der Inlandsgeheimdienst und die Antifa

Der Verfassungsschutz hat sich mitschuldig gemacht. Klar ist: Es braucht ein Frühwarnsystem gegen Neonazis – aber kein geheimdienstliches, sondern eines, das aus der Gesellschaft selbst kommt.



(c)PM Cheung

Zu keiner Zeit seit 1990 gab es so vielfältige Einblicke in die Arbeitsweise und Denkweise der Verfassungsschutzbehörden wie in den letzten zwölf Monaten. Plötzlich liegt all das auf dem Tisch: die undemokratischen Einstellungen der Mitarbeiter\_innen, das systemische Versagen in der Analyse der Naziszene und die andauernde Fehlbewertung der tödlichen Gefahren, die sich daraus ergeben. Und auf einmal stellt sich die Frage, ob der Verfassungsschutz (VS) abgeschafft gehört. Eine politische Forderung, die noch vor anderthalb Jahren einem politischen Selbstmord immerhin ziemlich nahe kam.

Wer sich kontinuierlich mit Nazis beschäftigt, sei es als Journalist\_in, als Engagierte in Initiativen oder in einem der staatlich finanzierten Projekte, kommt früher oder später nicht um die VS-Behörden herum. Die meisten bedauern das, aber manchmal muss es eben sein. Die Papiere, die dort verfasst werden, sind oft nicht der Rede wert, manchmal banal, immer wieder ärgerlich. Antifaschistische Initiativen stehen zudem selbst

im Visier des VS, werden bespitzelt, überwacht und denunziert. Und der VS drängt seit Jahren verstärkt in die politische Bildung und dient sich der Politik als billige, staatliche Demokratievermittlungsinanz ohne öffentlichen Auftrag an.

Die erste und nahe liegende Auseinandersetzung dreht sich um die öffentliche Deutungshoheit über das Thema »Rechtsextremismus«. Hier geht es um Analysen, Zahlen, Strukturen und Entwicklungstendenzen der extremen Rechten und um die Zurückweisung des vom Amt verwendeten »Rechtsextremismus«-Begriffs. Wir selber stellen seit vielen Jahren nicht nur unser Archiv und die darin enthaltenen Materialien zur Verfügung, sondern auch unsere Expertise. Wir reden gerne mit möglichst vielen Menschen über die verschiedenen Aspekte und Entwicklungen in der Naziszene – und geben gerne unseren eigenen Senf dazu. Nach unserer Erfahrung ist für viele der Umgang mit Behördenquellen überaus pragmatisch. Es ist eine Quelle unter anderen,

### Inhalt

- 1 Ach, der Verfassungsschutz!  
Der Inlandsgeheimdienst und die Antifa
- 4 Den Überblick behalten  
Die extreme Rechte auf einer Karte
- 5 Archiv en detail  
Neue Fotosammlung
- 6 Alle auf Augenhöhe  
Filmrezension
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de  
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze, lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\_innen



aber sie ist staatlich, was ihr ein gewisses Gewicht verleiht. In der kritischen Forschung mehr noch als im Journalismus gilt das Behördenurteil jedoch vergleichsweise wenig. Der verwendete Extremismusbegriff entwertet die Analysen und hat sich in der Forschung, obwohl beide von »Rechtsextremismus« reden, überwiegend diskreditiert.

### VS ist praktisch

Aber alle wollen Zahlen. Zahlen sind griffig, sie verdeutlichen ein offenbar ansonsten diffuses Phänomen. Hier haben nicht-staatliche Initiativen ein echtes Problem. Sie erheben nur wenig belastbares Zahlenmaterial<sup>1</sup>. Seriöse Angaben beispielsweise über die Mitgliederzahl der NPD in den Bundesländern machen zu können, ist schwierig. Jahrelang haben selbst überaus staatskritische antifaschistische Initiativen die Zahlen des VS verwendet - und mal 20 oder 30 Prozent oben drauf gerechnet, so zu sagen um den durchschnittlich anzunehmenden Verharmlosungsfaktor der Behörde auszugleichen. Das mag hier banal klingen, ist aber in der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit nicht zu vernachlässigen. Die Forschung dürfte solche Zahlen streng genommen außer als Hinweis nicht zu weiteren Analysen verwenden, denn sie kann ihre Entstehung nicht prüfen. Die Medien, zumindest die kritischen, verlangen oft nach alternativem Zahlenwerk, das aber leider nur in Ausnahmefällen vorhanden ist. So bleiben die Zahlen des VS trotz aller Mängel gesetzt, sie erlangen Faktizität, weil es an Alternativen fehlt. Die Redaktionen der großen Medien aber auch die einzelnen Journalist\_innen tragen ohnehin einen großen Anteil daran, die Arbeit des VS immer wieder zu legitimieren. Manche Chefetagen halten Artikel über das Thema »Rechtsextremismus« für überwiegend unseriös, so lange sie im Text kein Zitat der Behörden finden, und sei es auch noch so flach. Der Journalist Thomas Leif hat in einem zu wenig beachteten Artikel deutlich niedergelegt, wie der Informationshandel zwischen den Behördenquellen und den Medi-

en im Bereich der Geheimdienste funktioniert und schreibt Klartext: »Die beiden relevanten Nachrichtenmagazine, ganz wenige führende Tageszeitungen und die ›Geheimdienst-Experten‹ der öffentlich-rechtlichen Anstalten werden privilegiert und abgeschottet ›informiert‹. Im Gegenzug wird von ihnen erwartet, dass sie die platzierten Interpretationen, Warnungen und Analysen eins zu eins übernehmen und möglichst als breaking news agenturfähig vermarkten. Was als ›exklusiv‹ verkauft wird, ist oft nicht mehr als eine bestellte Botschaft.«<sup>2</sup> Selbst als »Edelfedern« gepriesene Autor\_innen lieferten im NSU-Komplex Artikel ab, deren Newsgehalt aus einer einzigen, ungeprüften Nachricht von einer nicht genannten Person aus »Sicherheitskreisen« bestand: kein Konjunktiv, keine zweite Quelle, kein Hinweis auf die generelle Fragwürdigkeit der Behördenaussagen in diesem konkreten Fall. Da fällt es den Behörden wahrlich leicht, die Medien für die eigenen PR-Kampagnen einzuspannen. So zuletzt geschehen im Oktober, als das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem Hintergrundgespräch ausgewählten Medienvertreter\_innen die angebliche Gefährdung ihrer V-Leute durch die Vielzahl der Aktenweitergaben nahe brachte. Es hagelte prompt entsprechende »bestellte Artikel«.<sup>3</sup>

Auch der Umgang mit den zu Recht viel gescholtenen VS-Berichten ist oft problematisch. Während antifaschistische Initiativen monatelange Prozesse in Kauf nehmen, um falsche Anschuldigungen aus den VS-Berichten tilgen zu lassen, gelten ansonsten hier nieder geschriebene Wertungen als »gerichtsfest«. Es ist praktisch und einfach für die Rechtsvertretung und vor allem für die Medien: Bringe einen Auszug aus einem VS-Bericht und das Gericht ist schon beinahe überzeugt. Nun urteilen nicht alle Gerichte nach Aktenlage und stellen amtliche Schriftstücke über alle anderen Beweise, aber der Fingerzeig auf die VS-Aussage erleichtert die Beweisführung doch erheblich. Und kurze Beweisführungen gefallen den meisten Gerichten

und den Anwält\_innen und Mandant\_innen auch. Ein wissenschaftlich begründeter »Rechtsextremismus«-Begriff jenseits staatlicher Vorgaben sollte zwar auch vor Gericht stand halten können, die Mühen werden jedoch meist gescheut.

### Kein »alternativer Verfassungsschutz« please!

Die Arbeit der antifaschistischen Initiativen ist in den letzten Monaten oft und manchmal durch beruflichen Mund gelobt worden. Unser aller ehrenamtliches und kritisches Engagement gilt zunehmend als »seriös«, kompetent und mit einem größeren Potential ausgestattet als die Verfassungsschutz-Behörden. Wir selbst wurden namentlich und öffentlich als Alternative zu einer offensichtlich überforderten VS-Behörde, der von Mecklenburg-Vorpommern genannt.<sup>4</sup>

So etwas wie einen »alternativen Verfassungsschutz« kann es nicht geben und wir kennen keine antifaschistische Initiative, die sich für so etwas hergeben würde. Der Ruf nach alternativer Beobachtung und Recherche ist älter als die aktuelle Geheimdienst-Krise und diese Beobachtung wird seit Jahrzehnten auch durchgeführt, eben durch Antifaschist\_innen. Dies geschieht, wie dankenswerter Weise Manche in der heutigen Debatte nicht müde werden zu betonen, teilweise unter Einsatz der Gefährdung von Leib und Leben der Beteiligten. Beim Spaziergang durch einen abgelegenen Wald im herbstlichen Dauerregen von einem entgegen kommenden »Dienst«-Pärchen augenzwinkernd begrüßt zu werden, gehört dabei noch zu den witzigen Momenten der antifaschistischen Feldforschung. Die anwesenden Dienste treten einem hier wenigstens nur bildlich gesprochen auf den Füßen herum.

Polizeilicher Staatsschutz und VS kriminalisieren auch nach dem Bekanntwerden der NSU-Blamagen beständig antifaschistische Recherche. In Berlin hat es in schöner Regelmäßigkeit Versuche gegeben, das Fotografieren von Nazi-Aufmä-

1  
Ausnahmen sind die durch die Opferberatungsprojekte erhobenen Zahlen der Opfer rechter Gewalt sowie die journalistischen Recherchen über die Todesopfer rechter Gewalt.  
2  
vgl. Leif, T.: Bestellte Wahrheiten. Ganz exklusiv; online unter <http://carta.info>  
3  
vgl. Gensing, P.: Operation PR-Offensive; online unter [www.publikative.org](http://www.publikative.org)  
4  
Grund dafür war die Unfähigkeit des Landesamtes, die dort erscheinenden Nazi-Publikationen aufmerksam auszuwerten. Dadurch entging ihnen ein offener Gruß an den NSU aus dem Jahr 2002 in dem Editorial des Nazi-Blättchens »DER WEISSE WOLF«.



schen oder überhaupt die Dokumentation neonazistischer Aktivitäten zu unterbinden. Die hierzu verwendete Konstruktion lautete immer, die Dokumentation geschehe zur Vorbereitung von Straftaten. Oder sie sei an sich schon strafbar. Aus solchen Erfahrungen heraus haben wir vor Jahren begonnen, die öffentliche Dokumentation von Nazi-Aufmärschen offensiv nach außen zu vertreten. »Dokumentation ist gerechtfertigt und notwendig!«, lautete die Botschaft. Diese Arbeit hat bisher zu einer Reihe von Strafverfahren und Verurteilungen gegen gewalttätige Nazis aufgrund der Ton- und Bilddokumente geführt. Aber auch zu einem eingestellten Ermittlungsverfahren gegen das *apabiz*, das auf die Anzeige durch eine stadtbekannt Neonazistin beim Berliner Staatsschutz zurück ging. Absurderweise hieß es, wir hätten gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen, weil wir eine indizierte Naziseite als Quelle (!) in einem Dokument angegeben hatten. So konterkarieren die »Extremistenjäger« eine Arbeit, die der Berliner Senat fördert.<sup>5</sup>

In der jetzigen Debatte über den VS wird leicht übersehen, dass manche Landesämter sich in den letzten Jahren um einen Imagewandel bemüht hatten, hin zu einem Konzept des »offenen Demokratieschutzes«<sup>6</sup>. Dazu gehörte neben dem Ausbau der Bildungsarbeit der Versuch, sich als eine Art Politikagentur im öffentlichen Raum zu etablieren. Hier wird dann nicht das Gewicht der eigenen, staatlichen Kompetenz in den Vordergrund gestellt, sondern man möchte in einer soften Variante als ein Akteur unter vielen im öffentlichen Diskurs wahrgenommen werden. Da fallen in Podiumsdiskussionen gerne solche Sätze wie: »Eigentlich machen sie und wir doch die gleiche Arbeit!«, um daran irgendeine anscheinende Perspektive der Zusammenarbeit zu knüpfen. Genau auf dieser Welle schwimmt der kommissarische Leiter des Berliner VS, Bernd Palenda, und klappert derzeit fleißig die Berliner Projekte ab. In einem bemerkenswert unkritisch geführten Interview hält er an allem



fest, was die Berliner Behörde bisher gemacht hat. Und gerade die so umstrittene Bildungsarbeit möchte Palenda weiter ausbauen.

### Ersatzlos abschaffen – jetzt!

Die momentane Diskussion über den Sinn des Verfassungsschutzes ist erfreulich, birgt aber auch Gefahren. Denn hier verlaufen zwei Diskussionen parallel zueinander: Die Kritiker\_innen wollen den Inlandsgeheimdienst abschaffen oder zumindest degradieren, um damit die demokratische Kontrolle über diesen Bereich zu verbessern. Die anderen, die »Sicherheitsarchitekten«, wollen die institutionelle Krise nutzen, um mehrere Behörden zu effektivieren, sie umzubauen und zu zentralisieren. Auch in diesem Szenario könnte der eine Dienst oder die andere Landesbehörde faktisch »abgeschafft« werden – zugunsten einer neuen effizienten »Superbehörde«. Generalbundesanwalt Harald Range hat sein Amt dafür schon mal ins Spiel gebracht. Und auch Berliner Innenpolitiker, in diesem Fall Thomas Kleineidam (SPD), rollen dem VS den roten Teppich aus: es müsse nur enger kooperiert werden, mehr Absprachen, mehr Treffen, mehr Informationen an das Parlament. Und dies scheint dann auch der politische Deal der SPD hinsichtlich der »Reform« des Verfassungsschutzes zu sein: die Behörde darf bleiben, dafür bekommt die SPD die Option, den NPD-Verbotsantrag auf den Weg zu bringen.

Bei dieser Debatte drohen wesentliche Aspekte ins Hintertreffen zu geraten, die für alle antifaschistischen Initiativen und Projekten zentral sein sollten: Wer hat mit welcher Legitimation die Deutungs-

hoheit über die extreme Rechte? Und: wie wichtig ist der Gesellschaft ein verlässliches Frühwarnsystem über die Entwicklungen der extremen Rechten, speziell auch der gewalttätigen neonazistischen Szene? Es ist ein Witz der Geschichte, dass Deutschland seine Aufklärungsarbeit über »Rechtsextremismus« einem Geheimdienst in die Hände gelegt hat. Es braucht zivile, nicht-staatliche Beobachtung und Aufklärung, denn der Staat, ja dessen eigene Instanz für Beobachtung und Aufklärung, der Inlandsgeheimdienst selber, hat seinen eigenen Beitrag zu der Existenz und Weiterentwicklung der neonazistischen Strukturen geleistet. Der VS hat nicht hier und da versagt, er hat sich mitschuldig gemacht. Und die Parlamente haben sich jahrelang um die Kontrolle des VS nicht ansatzweise geschert. Verglichen damit ist in diesem Land die Kontrolle von Lebensmittelprodukten besser geregelt.

Was können antifaschistische Projekte von den weiteren Debatten erwarten? Die Law-and-Order-Strategen bringen sich in den letzten Monaten wieder deutlich in Stellung und werden alles daran setzen, ihre Agenda einer reformierten und modernisierten »Superbehörde« umzusetzen. Also fordern wir das Unmögliche: die sofortige Abschaffung des Verfassungsschutzes. Den Rest müssen wir, wie gehabt, weiterhin selber machen.

*Ulli Jentsch*

*Dieser Text ist eine leicht gekürzte und aktualisierte Fassung eines Artikels in der CILIP Nr. 101/102 (Jan./Feb. 2013)*

*Köln,  
10. November  
2012, bundesweite Demonstration gegen den Verfassungsschutz | (c) Roland Geisheimer/attenzione*

<sup>5</sup> vgl. Litschko, K.: Berliner LKA ermittelte gegen *apabiz*, in: taz v. 28.09.2012.

<sup>6</sup> vgl. Grumke, T.; Pfahl-Traughber, A.: Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft, Opladen 2010



# Den Überblick behalten

## Die extreme Rechte auf einer Karte

Einen neuen Ansatz in der Darstellung von Informationen über die extreme Rechte verfolgt das *apabiz* mit dem Projekt »Rechtes Land«. Auf einer interaktiven Karte im Internet werden Schauplätze und Ereignisse der rechten Szene dargestellt. Dabei geht es in erster Linie nicht darum, neue Informationen zu sammeln, sondern bereits vorhandenes Wissen zu bündeln und ortsbezogen darzustellen. Denn »Rechtes Land« soll eine übersichtliche Quellensammlung mit visuellem Zugang über eine Karte werden.

An Wissen über Neonazis, ihre Strukturen, Aktivitäten und Gewalttaten mangelt es vielerorts nicht. Doch wahr- und vor allem auch ernst genommen werden die durch Antifa-Gruppen, Initiativen und Engagierte vor Ort gesammelten Erkenntnisse oft nur widerwillig oder gar nicht. Durch den Zugang über eine Karte findet das lokal vorhandene Wissen weitere Verbreitung und zugleich kann das Engagement bekannter gemacht werden.

Ein Atlas mit Informationen und Quellen bietet aber weitaus mehr

einzelnen Ereignisse erfahren, so kommt man auf die Homepages derjenigen, die darüber berichten und das Wissen besitzen.

### Neue Recherche-Ansätze

Bereits seit einiger Zeit experimentieren wir im *apabiz* mit Web-Anwendungen und unterstützen Recherchen mit datenjournalistischen Methoden. Ergebnisse dieser Arbeit sind die Zeitleiste zum NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU)<sup>1</sup> und zu den Übergriffen von Neonazis in Berlin<sup>2</sup>. Bei diesen ersten Schrit-

öffentlich. Über die Herkunft der Besteller\_innen lässt sich erkennen, wo es besonders viele Konsument\_innen von Szene-Klamotten und Rechtsrock gibt. Dies erlaubt Rückschlüsse auf die regionale Verankerung von rechtem Lifestyle.

Den genannten Projekten war eines gemein: die verwendeten Daten lagen bereits vor, die interaktive Form der Aufbereitung ermöglicht jedoch neue Analysen und Schlussfolgerungen. Gerade wenn wir mit einer Fülle von Informationen konfrontiert werden, helfen uns die Tools einen Überblick über Orte, Personen und Strukturen zu bekommen – und darin auch bestimmte Muster ablesen zu können. Diesen Effekt wollen wir in Zukunft durch die Verzahnung von Wissen noch stärker nutzen.

### Unabhängige Finanzierung sichert unabhängige Inhalte

Bei der Umsetzung des Projektes kooperieren wir mit der Firma Lokaler, die eine interaktive Kartenanwendung entwickelt hat und uns die Software zur Verfügung stellt, so dass wir uns um die technische Umsetzung (anders als bei den anderen Datenjournalismus-Projekten) nicht selbst kümmern müssen.

Einen unkonventionellen Weg sind wir bei der Finanzierung des Projektes gegangen. Die benötigten 5.000 Euro für den Start des Projektes wurden über eine Crowdfunding-Kampagne gesammelt. Genau einen Monat war Zeit, um das benötigte Geld zusammen zu bekommen – und dabei wurde das Ziel sogar übertroffen. Bereits nach drei Wochen war die volle Summe da, über 400 Menschen unterstützten das Projekt mit kleineren und größeren Beträgen. Wäre die Summe nicht erreicht worden, hätte es das Projekt nicht gege-

- 1 nsu-watch.apabiz.de/zeitleiste
- 2 www.blog.schattenbericht.de/berlin
- 3 monitor Nr. 54: Der rechte Lifestyle blüht im Osten, www.apabiz.de/versaende/



Verschiedene Kategorien können auf der interaktiven Karte angezeigt werden. | (c) apabiz

Möglichkeiten als die reine Darstellung von Ereignissen. Einfach und übersichtlich lassen sich Schwerpunkte und Zusammenhänge erkennen. Wo gibt es viele Übergriffe, an welchen Orten marschieren Neonazis regelmäßig auf, wie sind rechte Parteien kommunal verankert? Bei »Rechtes Land« lässt sich dieses Wissen übereinander legen und visuell darstellen. Will man mehr über die

ting es uns darum mit der Abbildung der Ereignisse auf einer Karte und einer Zeitleiste einen Überblick über Strukturen zu bekommen und Abläufe und Handlungsmuster zu erkennen. Einen ähnlichen Ansatz wählten wir bei einer Veröffentlichung zu Neonazi-Versänden<sup>3</sup>. Durch Hacks rechter Versandhäuser werden schon seit Jahren immer wieder die Bestell-Daten von Neonazis



ben, so das Prinzip von Crowdfunding. Der Weg, eine Idee über »die Crowd« zu finanzieren, lag bei einem Internetprojekt wie »Rechtes Land« eines ist, nahe. Bereits vor etwas über einem Jahr hatte die Kampagne »Kein Bock auf Nazis« (an der auch das *apabiz* beteiligt ist) die Druckkosten für eine neue Schülerzeitung über Kleinbeträge und -spenden im Internet eingesammelt. Durch das Crowdfunding wird »Rechtes Land« von vielen Menschen gefördert, die von der Idee überzeugt sind. Der Vorteil für uns ist, eine Finanzierung zu haben und uns nicht mit Anträgen und Projektförderungen rum-schlagen zu müssen, frei von externen Einflüssen.

Nachdem die Voraussetzungen erfüllt sind, beginnt nun die eigentliche Arbeit. Das Projekt muss mit Inhalten gefüllt werden, Datenquellen müssen erschlossen und eingepflegt werden. Von einigen Initiativen wurden wir bereits angesprochen, an andere werden wir in der nächsten Zeit herantreten. Denn profitieren werden von dem Projekt alle: Wissen wird breiter gestreut und präsenter gemacht, Informationen übersichtlich gesammelt und dargestellt. Die einzelnen Projekte können »ihre« Karte auf der eigenen Homepage einbinden, ähnlich wie es von Google-Maps-Karten bekannt ist. Und die Erfahrung aus den letzten Wochen zeigt, dass auch Interessierte erreicht werden, die sich nicht unbedingt

intensiv mit der extremen Rechten auseinandersetzen und dennoch wissen wollen, was bei ihnen in der Region los ist. Wir sind offen für Ideen und tragen diese gerne in das Projekt hinein.

*Felix Hansen*

## archiv en detail

### Neue Fotosammlung

Das *apabiz* hat Ende 2012 aus antiquarischer Hand eine Fotosammlung aufgekauft, die rund eintausend Fotos enthält. Diese spannende Sammlung mit vielen einmaligen Fotos können wir hoffentlich bald der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Durch einen glücklichen Umstand hatten wir vor einigen Monaten davon erfahren, dass antiquarisch

rigen der Lagerbesatzung und der SS. Aus den ersten Jahrzehnten der – alten – Bundesrepublik gibt es Fotodokumente der Überlebenden und ihren Aktivitäten in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Zu einigen wichtigen Protagonist\_innen der extremen Rechten aus der alten Bundesrepublik gibt es teilweise umfangreiche Mappen.



Rudolf Lindau, 21 Jahre alt, enthauptet am 10. Januar 1934

eine Fotosammlung angeboten wird. Die Sammlung ist Personen bezogen sortiert und enthält Fotos von Antifaschist\_innen, extrem Rechten, Alt- und Neonazis, die zum größten Teil in den 1930er, 40er und 50er Jahren aufgenommen wurden. Es finden sich viele Fotos von Antifaschist\_innen, die in den Nazi-KZ umgekommen sind, aber auch von deren Mördern, den Angehör-

iger unserer Verein einen zwar geringen, aber dennoch nicht alltäglichen Betrag verwendet hat. Die Fotos stammen aus den Redaktionsbeständen der *Deutschen Volkszeitung / die tat*. Das Redaktionsarchiv der *dvz / die tat* sowie andere Teile der Fotosammlung hatte das *apabiz* bereits 1999 durch Schenkung übernommen.

#### Herkunft der Sammlung

In der Sammlung befinden sich viele Fotos aus den Archiven der VVN und ihrer Vorläufer. Vom »Komitee der ehemaligen politischen Gefangenen« aus Hamburg kommen dutzende Fotos, darunter viele von ehemaligen Gefangenen des Lagers Neuengamme oder von in Fuhlsbüttel Ermordeten. Sowohl der Umfang als auch die außergewöhnliche Zusammensetzung der Sammlung rechtfertigten die Anschaffung, für die

# Alle auf Augenhöhe

## Filmrezension

**Der Film »Come Together« portraitiert Geschichte und Akteur\_innen rund um das neonazistische Februargedenken in Dresden – und verweigert jede Eigenpositionierung.**

Dresden im Februar, ein Ort der Auseinandersetzungen: das offizielle Gedenken an die Toten der alliierten Bombardierung zum Ende des 2. Weltkrieges, die Legende von der unschuldigen Elbmetropole, Europas größter Neonaziaufmarsch, die wütenden antifaschistischen Proteste. Mit »Come Together« ist gerade ein Dokumentarfilm erschienen, der nach einer Form sucht, die Dynamik um die Dresdener Gedenkpolitiken angemessen darzustellen. Das Filmteam um Regisseurin Barbara Lubich hat jede Menge Ortstermine absolviert und noch mehr Interviews mit Beteiligten geführt – und so eine Unzahl von Perspektiven herausgeschält.



Filmstill  
»Come Together«

Erzählt wird etwa über die Instrumentalisierung der Dresden-Erinnerung durch die DDR. Schaut her, der jetzige Klassenfeind aus England und den USA war damals schon zu Untaten bereit, so der Tenor der DDR-Staatspropaganda. Dargestellt wird auch, wie in den frühen 1980ern oppositionelle Jugendliche und kirchliche Gruppen den Jahrestag der Bombennacht für pazifistische Kundgebungen nutzten. Regisseurin Lubich ist selbst Dresdenerin und ihr merklich ostdeutscher Blick tut dem Streifen durchaus gut.

Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzungen um den jährlichen Neonazi-Großaufmarsch (der 2010, 2011 und 2012 durch antifaschistische Blockaden verhindert wurde).

Leute aus Stadt- und Landespolitik, aus dem Dresdener Kulturleben, Antifas, eine Vertreterin der Jüdischen Gemeinde, die Neonazis – alle kommen sie zu Wort. Nachfragen oder Kritik spart der Film aus. In einem Werbetext zum Film heißt es: »Viele differierende Meinungen treffen aufeinander. Vor der Silhouette der Stadt schafft der Film einen Dialog zwischen diesen unterschiedlichen Positionen.«

### Mit Nazis reden?

Der Film verweigert – bis auf wenige Andeutungen – jede Eigenpositionierung. Man kann sich ja selbst eine Meinung bilden. Tatsächlich entlarven sich die Nullaussagen mancher Interviewten von selbst. Und dennoch, die Nichtpositionierung des Films ist seinem Thema unangemessen. Auch Neonazis unkritisch zu Wort kommen zu lassen ist eben nicht neutral, sondern ein Statement. Normalisierung der eigenen Inhalte und die Teilhabe an Diskussionen sind neonazistische Strategien. Die »Neutralität« von Anderen hilft ihnen dabei und ist also, ob gewollt oder nicht, politisch wirksam. 1993 führten im Dokustreifen »Beruf Neonazi« die unkommentierten Monologe von Holocaustleugner EWALD ALTHANS darum völlig zurecht zu einem öffentlichen Skandal.

Nora Goldenbogen, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Dresden, berichtet in »Come Together«, wie unerträglich es für sie war, als zeitweise beim offiziellen Gedenkakt auf dem Heidefriedhof die NPD genauso eingeladen war. Die Neonazis nahmen auf Augenhöhe mit allen anderen teil, eben auch der jüdischen Gemeinde. Solche Schilderungen stellt »Come Together« eben auch auf Augenhöhe neben Bildern wie denen von NPDler ARNE SCHIMMER, der sich freudestrahlend erinnert, wie man beim Ausflug des Vertriebenen-

jugendverbands auf die Idee zu den Dresdenmärschen gekommen war.

Soviel Ausgewogenheit kommt natürlich bei den Neonazis selbst trefflich an. »Neuer Dokumentarfilm zum Dresden-Gedenken lässt auch nationale Positionen zu Wort kommen«, jubelt das NPD-Blatt DEUTSCHE STIMME in der Januarausgabe. Es bestehe sogar Hoffnung, dass der Film zur »Versachlichung der Debatte um das legitime Dresden-Gedenken beitragen« könne. »Die mit Unterstützung der NPD beschlossene Einrichtung eines offiziellen Gedenkortes« am Dresdener Postplatz zeige, dass »Bewegung in die Sache gekommen« sei. Positivkritiken gab es auch beim NETZWERK MITTE (»ein Novum innerhalb der links motivierten Medienlandschaft«) und in der NATIONALZEITUNG (»erstaunlich ausgewogener Film«).

Die freundliche Resonanz der Neonazis sagt nicht aus, dass der Film zur neofaschistischen Reklame taugen würde. Aber sie ist doch Verweis auf seine Schwäche. Anstelle der Nazizitate hätte der Film die Chance zum Beispiel nutzen können, andere Lücken in der Darstellung zu schließen. Dresden, das ist auch Symbol für massive Beschneidungen der Bürgerrechte, für Handyüberwachungen, haarsträubende Verfolgung und Verurteilung von Antifaschist\_innen und wilde Ermittlungen nach Terrorismusparagrafen – all diese Aspekte lässt »Come Together« aus.

*Christoph Schulze*

»Come Together. Dresden und der 13. Februar«, Deutschland 2012, Hechtfilm, Regie Barbara Lubich, 99 Minuten, ab 12 Jahren, [www.come-together-der-film.de](http://www.come-together-der-film.de). Seit Januar im Kino.



# Kurzmeldungen

## Berliner NPD-Chef schlägt zu

**Lingen** • Der Berliner NPD-Chef SEBASTIAN SCHMIDTKE beteiligte sich im niedersächsischen Landtagswahlkampf an einem gewaltsamen Angriff auf Protestierende. In der Kleinstadt Lingen hatten am 11. Januar etwa 500 Menschen gegen eine Kundgebung von 14 NPD-Anhänger\_innen demonstriert. Wie die Video-Aufnahme eines lokalen TV-Senders belegt, schlug zunächst der niedersächsische Neonazi MARTIN GÖTZE einem Gegendemonstranten unvermittelt mit der Faust ins Gesicht. Danach wurde dieser zudem von CHRISTIAN FISCHER (Vorsitzender der JN-Niedersachsen) und SEBASTIAN SCHMIDTKE attackiert, der mit einem Regenschirm auf die wehrlos am Boden liegende Person einschlug. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück hat ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.

## Burschschafter bewirbt sich um Professur

**Berlin** • An der Technischen Universität hielt REINHARD KIENBERGER am 24. Januar seine Bewerbungsvorlesung für eine Professur als Physiker. Der Österreicher ist neben seiner akademischen Tätigkeit Mitglied der AKADEMISCHEN BURSCHENSCHAFT OBERÖSTERREICHER GERMANEN WIEN und war Gründungsmitglied der PENNALEN BURSCHENSCHAFT ANTON WALLNER. Die Burschenschaft von Kienberger ist nicht nur Mitglied in der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT (DB), sondern auch der BURSCHENSCHAFTLICHEN GEMEINSCHAFT (BG), dem Zusammenschluss der rechten Burschenschaften innerhalb der DB. Der Physiker war Sprecher der BG und trat in den letzten Jahren immer wieder mit rechten Äußerungen in Erscheinung. So bezeichnete er beispielsweise das *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)* als »von Linksextremisten gegründete Privat-Stasi«.

## NSU-Prozess update

**Berlin / München** • Der Prozess gegen BEATE ZSCHÄPE und vier weitere mutmaßliche NSU-Unterstützer (RALF WOHLLEBEN, CARSTEN S., HOLGER G. und ANDRE E.) wird am 17. April 2013 in München beginnen, es sind drei Verhandlungstage die Woche vorgesehen. Ob noch Anklage gegen weitere NSU-Unterstützende wie z.B. MANDY STRUCK erhoben wird, ist unklar. Sicher ist, dass das Umfeld, das selbst die General-

bundesanwaltschaft (GBA) mit rund 100 Personen angibt, immer noch nicht vollständig durchleuchtet ist und ein Großteil der Mitschuldigen sowohl in den Behörden als auch im unterstützenden NSU-Umfeld vermutlich gänzlich ungeschoren davon kommen wird. Für den jetzigen Hauptprozess rechnen Beobachter\_innen mit einer Verhandlungsdauer von mindestens zwei Jahren, der Vernehmung von rund 600 Zeug\_innen und einem unerfüllbaren Medieninteresse. Der Gerichtssaal in München wird gut besetzt sein mit Richtern, der GBA, Staatsanwält\_innen und Vertreter\_innen der Nebenklage. Im Saal werden lediglich weitere 50 Journalist\_innen und 50 Zuhörer\_innen Platz finden: Eine kritische Öffentlichkeit geschweige denn die Möglichkeit für alle Angehörigen den Prozess gegen die Neonazis live zu verfolgen, ist so nicht gewährleistet. Eine Videoübertragung in einen Nebenraum haben die Richter bereits abgelehnt. Mehr Infos und die Möglichkeit, eine unabhängige Prozessbeobachtung zu unterstützen, findet ihr auf: <http://nsu-watch.apabiz.de>

## Haftstrafe gegen Antifaschisten

**Dresden** • Das Amtsgericht Dresden hat Mitte Januar einen 36-jährigen Berliner zu einer skandalösen Haftstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Er soll während der Blockaden gegen die Nazigrößdemo im Februar 2011 in Dresden andere Menschen per Megafon dazu angestiftet haben, Polizeiketten zu durchbrechen. Die Verteidigung des Angeklagten sowie das *Bündnis Dresden Nazifrei* sehen das harte Urteil als Skandal an: Es sei vor Gericht nicht einmal möglich gewesen, dem Angeklagten nachzuweisen, dass er der Mann mit dem Megafon in der fraglichen Situation gewesen sei. Mit dem Urteil kurz vor den Dresdenprotesten 2013 solle den Protestierenden Angst gemacht werden. Gegen das Urteil haben sowohl Verteidigung als auch Staatsanwaltschaft Rechtsmittel eingelegt.

## Landesverband von DIE RECHTE in Brandenburg gegründet

**Finowfurt** • Am 26. Januar wurde der brandenburgische Landesverband der Partei DIE RECHTE gegründet. Nach Hessen und Nordrhein-Westfalen ist dies

der dritte Landesverband. Vorsitzender ist laut *infortot.de* der ehemalige DVUler KLAUS MANN, Stellvertreterin seine Ehefrau SYBILLE MANN. Der Bun-



desverband von DIE RECHTE existiert seit Ende Mai 2012, Vorsitzender ist CHRISTIAN WORCH. Im Zuge der Diskussion um eine erneutes NPD-Verbotsverfahren soll DIE RECHTE als Alternative inszeniert werden. Laut Worch sei die Partei »weniger radikal als die NPD«. Das ist nicht nur im Hinblick auf dessen Biographie zweifelhaft. Der Landesverband NRW um DENNIS GIEMSCH formierte sich im September 2012 aus Aktivist\_innen der verbotenen Neonazi-Gruppen NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND (NWDO) und KAMERADSCHAFT HAMM (KH). KLAUS MANN galt seit jeher als Bindeglied zwischen extrem rechten Parteien und gewaltbereiter Neonazi-Szene.

## Kampagne gegen Euro-Rechte

**London / Brüssel** • Die britische antifaschistische Initiative HOPE not Hate hat eine Kampagne gegen die Allianz der EUROPÄISCHEN NATIONALEN BEWEGUNGEN (AENB) lanciert. Die AENB ist ein Zusammenschluss von extrem rechten Parteien des Europaparlaments (EP), darunter die BRITISH NATIONAL PARTY, die ungarische JOBBIK und der französische FRONT NATIONAL. Laut HOPE not Hate besteht die Gefahr, dass das EP einem Antrag der AENB nachkommt und deren politische Arbeit mit bis zu 400.000 Euro unterstützt. Britische Parlamentarier\_innen wurden aufgefordert, eine Petition zu unterschreiben, damit die Vergabe der EU-Gelder an die sogenannte »Rule 210« gekoppelt wird. »Rule 210« schließt eine finanzielle Unterstützung von Gruppen aus, die den Grundsätzen von Gleichheit, Menschenrechten und Minderheitenschutz nicht nachkommen. Innerhalb kürzester Zeit konnten die für die Petition an die EU-Gremien nötigen 189 Parlamentarier\_innen zur Unterschrift bewegt werden. Nun liegt es an EU-Präsident und Europaparlament, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

*Parteichef WORCH (li.) gemeinsam mit dem Brandenburger Vorsitzenden MANN (mitte) bei einer DVU-Kundgebung 2009 in Potsdam.*  
| (c) apabiz



## Abonnieren...

... kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

### ► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

### ► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

### ► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich \_\_\_\_\_ Euro (mind. 5 Euro).

### ► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig \_\_\_\_\_ Euro überwiesen.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank und BLZ: \_\_\_\_\_

Name/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Spendenbescheinigung erwünscht  
(Fördermitglieder und Dauerspenden\_innen erhalten diese 1x jährlich)

# Neu im Archiv

**In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.**

• *Familienplanungszentrum – BALANCE (Hg.): Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner\_innen im (inter-)nationalen Raum. Ist die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen heute in Gefahr?, AG Spak, Neu-Ulm 2012.*

Gerade erschienen ist ein neuer Sammelband zur Bedrohung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen durch Abtreibungsgegner\_innen/ »Lebensschützer« / Antifeminist\_innen, herausgegeben vom Familienplanungszentrum Balance. Die Perspektiven der Autor\_innen reichen über Berichte zu den »Märschen für das Leben« und zum Psychoterror von »Gehsteigberatungen«, über christlich motivierte Argumentationen gegen Evangelikale, über Jurist\_innen, die die von »Lebensschützern« ins Visier genommen Institutionen verteidigen müssen, bis hin zu verdienten Feministinnen, die diskutieren, wie sich gegen die aufkommende Gefahr zu wehren ist. Das *apabiz* hat einen Artikel zu christlichem Antifeminismus und »Lebensschutz«-Organisationen in Berlin beigesteuert. Auch über den deutschen Tellerrand wird geschaut und die rechtliche und politische Situation in Europa als auch in Nord- und Südamerika dargestellt.

• *Höra, Daniel: Braune Erde, Bloomsbury, Berlin 2012.*

Dieser Jugendroman legt die fiktive Geschichte eines 15-jährigen Dorfbewohners über die Zustände in Mecklenburg Vorpommern, wo völkische Siedler und Siedlerinnen wie die ARTAMANEN sich niederlassen und »national befreite« Dörfer wie Jamel existieren. Die Geschichte von »Ben« aus »Bütenow« ist packend erzählt. Das Denken und Handeln der biedereren zugezogenen Neonazis sowie das schließlich ausbrechende Gewaltpotenzial von »AUTONOMEN NATIONALISTEN« und Nazi-Skins werden schlüssig dargestellt. Erfreulich ist die Ausdifferenziertheit verschiedener extrem rechter Zugehörigkeiten und Geschlechterrollenangebote der Szene, wenngleich vieles durch die Menge klischeehaft bleiben muss. Etwas platt geraten ist die Darstellung des »verführten« Dorfes, das am Ende - trotz bzw. wegen eines Toten - lernfähig ist und ein Aktionsbündnis gegen Rechts gründet.

Zwar krankt sowohl die Realitätsnähe als auch literarische Qualität der Dialoge an einem Zuviel an pädagogischem Anspruch, doch insgesamt ist das Buch für Teenager spannend und lehrreich.

• *Ahlheim, Klaus / Schillo, Johannes (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Offizin Verlag, Hannover 2012.*

Dieser Sammelband widmet sich gegenwärtigen Kontroversen in der politischen Bildungsarbeit. Diskutiert und kritisiert werden u.a. bildungspolitische und politikdidaktische Entwicklungen, die »Extremismusklausel« oder das Auftreten von Verfassungsschutz und Bundeswehr als Bildungsakteure. Einig sind sich alle hier Schreibenden in ihrer Kritik an Anpassung und Gleichförmigkeit in der politischen Bildungsarbeit und betonen deren kritischen Auftrag. Die einzelnen Standpunkte und Lösungsansätze differieren jedoch entsprechend der verschiedenen Herangehensweisen teilweise deutlich. Das Buch ist somit weniger ein in sich geschlossenes Statement als vielmehr der Versuch, die Grundlage für eine notwendige Diskussion zu schaffen. Auffallend ist, dass sich zwar in einigen Artikeln immer wieder auf gender- und rassismustheoretische Ansätze bezogen wird. Die Liste der hier vertretenden Fachleute hingegen besteht den Namen nach zu urteilen ausschließlich aus weißdeutschen Männern.

• *Arbeitskreis Extremismusbegriff: Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen »Extremismus« scheitert, Unrast-Verlag, Münster 2012.*

Einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Rolle des Verfassungsschutzes liefert die Arbeit »Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen »Extremismus« scheitert«. Der Arbeitskreis Extremismusbegriff, eine Gruppe junger Wissenschaftler\_innen der Uni Marburg, geht darin mit den sogenannten Andi-Comics des Verfassungsschutzes ins Gericht. Die inhaltliche Analyse der Comics ist eingebettet in eine Kritik am Extremismusbegriff sowie an den Aufgaben und Arbeitsweisen des Verfassungsschutzes. Die Studie liefert eine wichtige und notwendige Kritik und nimmt im Titel bereits das Fazit vorweg: die Comics sind bildungspolitisch ungeeignet bis katastrophal, kolportieren sie doch die Extremismustheorie und verharmlosen die Gefahr von rechts. Wobei nicht bekannt ist, wie, in welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen die Comics Anwendung finden. Denn laut der Verfasser\_innen liegt auch über sieben Jahre nach Erscheinen der ersten Andi-Ausgabe keine offizielle Evaluation vor.